



Schwarz-Grün-Grau

Das neue „Gestaltungsbündnis“

Kein Spass!

Wehrhahn-Anschlag, PUA, Anwälte

Stattdessen!

Karneval, Paris und Heine

**THE ADVENTURES OF
MARX-MAN
AND ENGELS-BOY**



Dieses Bündnis einer liederlichen, verfallenden und
genußsüchtigen Aristokratie mit der Kirche, gestützt
auf schmutzige Profit-Kalküls von Biermagnaten und
monopolisierenden Großkrämern ...

MEW Bd. 11, S. 323

ANZEIGE

SÄGEWERK ★ TRANSPORTE

**Nah-
&
Fern-
Umzüge**

Pinienstr. 23a
40233 Düsseldorf 02 11 / 2 39 55 13

SÄGEWERK ★ TRANSPORTE

Hier findet Ihr uns – einige ausgewählte Auslagestellen der

TERZ IN TOWN:

- | | |
|---------------------------|-----------------------------|
| HSD-AStA | Münsterstraße 156 |
| White Rabbit | Birkenstraße 126 |
| Regenbogenbuchladen | Lindenstraße 175 |
| Beethoven | Beethovenstraße 38 |
| Café Luso | An der Icklack 2 |
| Kulturbureau K4 | Kiefernstraße 4 |
| Zakk | Fichtenstraße 40 |
| Back-Eck | Apollinarisstraße 24 |
| Kassette | Flügelstraße 58 |
| Pitcher | Oberbilk Allee 29 |
| LiZe Hinterhof | Corneliusstraße 108 |
| SHD | Kopernikusstraße 53 |
| BiBaBuZe | Aachener Straße 1 |
| Tigges | Brunnenstraße 1 |
| Metropol | Binnenstraße 20 |
| Café Grenzenlos | Fronprinzenstraße 113 |
| Café Modigliani | Wissmannstraße 6 |
| Frida | Bilker Allee 4 |
| Blende | Friedrichstraße 122 |
| Frauenberatungsstelle | Talstraße 22-24 |
| Pauls | Düsseldorfer Straße 82 |
| Souterrain Kino im Muggel | Dominikanerstraße 4 |
| Destille | Bilker Straße 46 |
| Zum Goldenen Einhorn | Ratinger Straße 18 |
| Cinema | Schneider-Wibbel-Gasse 5-7 |
| Hitsville Records | Wallstraße 21 |
| FFT Kammerspiele / Jutta | Jahnstr. 3 / Kasernenstr. 6 |
| Waschsalon Rapido | Charlottenstr. 87 |
| WP8 | Worringer Platz 8 |
| Stadtbücherei | Bertha-von-Suttner-Platz |

Wo wir sind, ist OFFEN

idiotoreal

Müssen wir für die Zukunft Düsseldorfs schwarz sehen, oder ist auch ein bisschen grün dabei? Die TERZ suchte in dem Kooperationsvertrag, den das „Gestaltungsbündnis für ein zukunfts-festes Düsseldorf“ vorlegte, nach einer Antwort (S. 6/7). Keine Antwort gibt es nach Meinung des Bundesgerichtshofs in Sachen „Wehrhahn-Anschlag“.

Wer die Tat verübte, bleibt somit weiterhin unaufgeklärt – und noch so manches andere. Die Richter*innen bestätigten Mitte Januar den Freispruch des Landgerichts Düsseldorf, womit das Urteil nun rechtskräftig ist (S. 9-11). Und unaufgeklärt droht auch zu bleiben, wie es zum Tod von Amed Ahmad in einer Zelle der Justizvollzugsanstalt Kleve kam, warum er dort überhaupt landete und warum

eine so lange Zeit. An der „tragischen Datenpanne“, die das nordrhein-westfälische Innenministerium dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss als Ursache präsentierte, gibt es nämlich erhebliche Zweifel (S. 8/9). Karneval kann uns da in diesem Monat aus den bekannten Gründen auch nicht rausreißen. Wir begehen ihn nur retrospektiv, dafür aber in Gesellschaft Heinrich Heines (S. 12/13).

impresum Inhalt

Herausgeber: FGK e.V.
Himmelgeister Str. 107a
40225 Düsseldorf

V.i.S.d.P.: A. Hoffstadt
Cover: UliXXX

Druck: Neuer Weg, Essen
Erscheinungsweise: monatlich
Ausgabe: Nummer 313
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7; 1/07

Anzeigenschluss: 15. des Vormonats
Red.-Schluss: 12. des Vormonats

Telefon: 0211 / 9347787
(Do.-Abend, sonst AB)

E-Mail: terz@free.de
Internet: http://www.terz.org

Bankverbindung:
Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG
Kto.-Inh.: FgK e.V.
IBAN: DE12 4306 0967 4101 9787 00

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser*innen und geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber*innen oder gar des/der V.i.S.d.P. wieder.

Nachdrucke sind mit Quellenangabe und gegen Belegexemplare an die Redaktion erwünscht. Zwei Belegexemplare des Druckwerkes an:

TERZ / FGK e.V.
Himmelgeister Str. 107a
40225 Düsseldorf

Jedes Knastfreiexemplar bleibt Eigentum der Herausgeber*innen, bis es den Gefangenen ausgehändigt ist. Zurhabenahme ist keine Aus-händigung.

Leser*innenbriefe können aus Platzgründen gekürzt werden.

TERZ ist ein Zeitungskollektiv, das offen ist für jede Form von Mitarbeit und Unterstützung. Wir wollen politische und kulturelle Initiativen in dieser Stadt aufgreifen, Missstände thematisieren und die Begrenztheit der Kommunikation sozialer Bewegungen durchbrechen. Deshalb brauchen wir Eure Unterstützung in Form von Infos, Artikeln, Meinungen und Terminen. (Redaktionsschluss ist der 12. des Vormonats).

Nutzt TERZ als Forum für Diskussion und Streitkultur!

F

W

B

R

N

A

R

LAUSIGE ZEITEN 4-5

kurzmeldungen, diesmal mit tasern, hausdurchsuchungen und dem zoll

LOKALPOLITIK 6-7

das schwarz-grüne „gestaltungsbündnis für ein zukunftsfestes düsseldorf“

RASSISMUS 8-9

im „pua kleve“ häufen sich die fragen: datenfälschung, vertuschung, zusammenhänge?

RECHTER RAND 9-11

wehrhahn-anschlag: bundesgerichtshof bestätigt landgericht, verfassungsschutz mochte nicht helfen

RECHTER RAND 10-11

terz-rückblick auf einen jahreswechsel mit rechtsstreit im zahnweh-format

BRAUCHTUM 12-13

karneval fällt aus – doch thomas giese schlägt den bogen von trump zu heine und zurück

NACHRUF 13

wir trauern um hermann robben, ein urgestein der düsseldorfer szene und gesicht des sägewerks

BOOKS 14

„erinnern stören“ schildert mauerfall und „wende“ aus migrantischer und jüdischer perspektive

HSD-SEITE 15

ein buch über die lager der „aktion reinhard(t)“ und ein online-vortrag zum rechten kampfsport-netzwerk

CULTIGE ZEITEN 16

zur lage der selbstverwalteten kulturzentren sowie einige wenige (virtuelle) terminhinweise



I'll be a postpolitician in a postcapitalist

Manifest für die Repolitisierung des kulturellen Sektors

Der Sänger der Hamburger Band Schorsch Kamerun, organisiert eine Veranstaltungsreihe zur ... Ähnliches geht es in die ... hätten, so lautet ein ... die popkulturellen ... ungläubliche ...

Ausdrucksformen ... Es sei gar nicht ... Protest gar ... Diese ... werden, un ... na ...

Vor 20 Jahren in der

TERZ – 02.01

es trifft einzelne, gemeint sind wir alle!

Am Morgen des 15. und am Mittag des 21. Januar kam es in Düsseldorf und Grevenbroich zu polizeilichen Hausdurchsuchungen bei Antifaschist*innen. Ein Aktivist wird verdächtigt, gemeinsam mit anderen, im Sommer letzten Jahres rechte Burschenschaftler der schlagenden Düsseldorfer Studentenverbindung Rhenania Salingia vor deren Haus angegriffen zu haben. Bei der Auseinandersetzung sollen mehrere Burschenschaftler verletzt worden sein. Die Burschis behaupteten später gegenüber der Polizei,

den Genossen auf Instagram erkannt zu haben. Das reichte den Ermittlungsbehörden als Anlass für die Durchsuchung. Der zweite Antifaschist wird beschuldigt, während der Großdemonstration von Coronaleugner*innen und rechten Hooligans an Nikolaus, dem 6. Dezember des vergangenen Jahres, eine gefährliche Körperverletzung begangen zu haben. Genaueres ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt. Bei beiden Razzien waren Kleidungsstücke und Mobiltelefone im Fokus der Kriminalpolizei.

Bei dem Antifaschisten in Grevenbroich wurde das Handy nicht gefunden, dafür beschlagnahmten die Beamt*innen aber das Ersparnis des Betroffenen. Nach Bekanntwerden der Geschehnisse gab es bereits Solidaritätsbekundungen von der Interventionistischen Linke Düsseldorf [see red!], der Düsseldorfer Ortsgruppe der Roten Hilfe und der lokalen Rechtshilfegruppe: „Schluss mit der Repression gegen engagierte Antifas! Wer zwei von uns angreift, greift uns alle an! Solidarität mit allen kriminalisierten Antifas!“

Hintergrund-Info

Die Rhenania Salingia gehört dem extrem rechten Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ (DB) an. Während einige rechte Burschenschaften diesen Verband verließen, weil er selbst ihnen zu offen rassistisch wurde, positionierte sich die Rhenania-Salingia in internen Konflikten auf Seiten der am weitesten rechts stehenden Kräfte. Diese forderten schon einmal einen Arier-Nachweis als Voraussetzung für die burschenschaftliche Mitgliedschaft. Mehrere Mitglieder dieses Flügels der Burschenschaften beschimpften im August 2020 in einem Burschenschaftshaus in Heidelberg einen Verbindungsstudenten antisemitisch, bewarfen ihn mit Geld und schlugen ihn mit Gürteln. In ihr eigenes Burschenschaftshaus in der Reichstraße lud die Rhenania Salingia Holocaust-Leugner, verurteilte faschistische Terroristen und Identitäre zu Veranstaltungen ein. Im Juni 2020 zeigte sie nach der antirassistischen Großdemonstration von Black Lives Matter in Düsseldorf an ihrem Haus ein Transparent mit der Aufschrift „Frat Lives Matter“ („Frat“ bedeutet Studentenverbindungsbruder) und verspottete die antirassistischen Proteste und das Andenken an George Floyd und alle anderen Opfer rassistischer Polizeigewalt.

ANZEIGE

Rheinblick
Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE, Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein

Abo bestellen unter: info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

Wächst Eibers eine lange Nase

Für eine andere Wohn...

Es reicht

Erhöhung - Ja!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

No. 15 kostenlos Nov./Dez 2013

taser für die düsseldorfer polizei

Seit Mitte Januar 2021 testet u. a. die Düsseldorfer Polizei sogenannte Taser. Umgangssprachlich heißen diese Waffen Elektroschocker. Sie schießen zwei Drähte in den Körper einer Zielperson und übertragen daraufhin eine Folge von extrem starken Stromimpulsen mit 50.000 Volt, was im „Ideal-fall“ unkontrollierte Muskelzuckungen auslöst, die zur vollkommenen Bewegungsunfähigkeit führen. Verbunden ist dies mit erheblichen Schmerzen im ganzen Körper.

Die Repressionsorgane bezeichnen Taser gerne als nicht-tödliche Distanzwaffen. Dies ist aber eine Verniedlichung und Verharmlosung. Es handelt sich um nichts anderes als ein potentiell Mordinstrument. In den USA starben allein 2018 mindestens 49 Menschen durch einen Taser-Einsatz der Polizei. Insgesamt beläuft sich die Zahl der in den Vereinigten Staaten so ums Leben gekommenen Personen Schätzungen zufolge auf weit über 1.000. Der Hersteller der Waffe und die Polizeibehör-

den betonen stets, dass bisher niemand durch den direkten Einsatz getötet wurde. Dies ist aber nur die halbe Wahrheit, denn gerade Menschen mit Herz- oder Lungenproblemen oder unter Drogen oder Alkohol Stehende tragen ein hohes Risiko, die Taser-Attacke nicht zu überleben. Dieses Gefährdungspotenzial ignorieren die Ordnungskräfte jedoch willentlich. Aber selbst gesunde Menschen können durch den Schock einen Herzstillstand erleiden. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass es in Folge des nicht mehr zu kontrollierenden Muskelapparats zu Stürzen kommt, die Verletzungen oder – im ungünstigsten Fall – den Tod verursachen. Somit werden Polizist*innen, die den Taser abfeuern, zu potentiellen Mörder*innen, da sie bewusst den möglichen Tod ihres Opfers in Kauf nehmen. Insofern müssen für solche Taten nicht nur die Schütz*innen zur Rechenschaft gezogen werden, sondern auch ihre Vorgesetzten wie aktuell der Düsseldorfer Polizeipräsident Wesseler und

der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU). Die niederländische Sektion von Amnesty International zog 2018 zum Test-Einsatz von Tasern in den Niederlanden dieses Resümee: „Meistens wurde er in Situationen genutzt, die keinen Schusswaffeneinsatz erlaubt hätten, und in 80 % der Fälle wurde der Taser sogar gegen Unbewaffnete eingesetzt. In anderen Fällen wurden Menschen getasert, denen bereits Handschellen angelegt waren, oder sie wurden mehrfach getasert, was ein schweres Gesundheitsrisiko darstellt.“ Genau dies ist nun auch in NRW zu befürchten.

Ein Jahr sollen die Taser nun in Düsseldorf, Gelsenkirchen, im Rhein-Erft-Kreis und in Dortmund getestet werden. Worum es Innenminister Reul vor allem geht, machte er schon in der Pressekonferenz zum Testversuch deutlich: Reul beklagte eine Zunahme von Respektlosigkeiten gegenüber Polizeibeamt*innen und sieht die Taser allen Ernstes als probates Mittel an, wieder für Respekt zu sorgen. Da ist die Einsatz-Schwelle ziemlich niedrig, denn beleidigt fühlen sich die Damen und Herren von der Polizei schnell.

Mehr zum Einsatz von und der Kritik an Tasern findet ihr unter <https://amnesty-polizei.de>

ANZEIGEN

Heinrich Heine Salon

Matinee: Lieblingsgedicht


Wir laden zu einem interaktiven Lyrikvormittag ein – und zwar per ZOOM-Videokonferenz – und wer will, wie früher mit Frühstück: Das muss allerdings selbst zubereitet werden.

Wir wollen uns gegenseitig unsere Lieblingsgedichte vortragen. Es wäre schön, wenn Sie sich dabei den anderen Teilnehmer*innen kurz vorstellen und erläutern würden, warum Sie ein spezielles Gedicht als Lieblingsgedichte empfinden. Wer nicht selbst vorlesen möchte, kann sich gerne ein Gedicht wünschen. Wir werden dann das Vorlesen übernehmen.

So., 21. Februar 2021 von 11.00 bis 13.00 Uhr

Leider nicht im zakk, sondern vor dem Computer per ZOOM.
Teilnahmewunsch bitte bis zum 12.02. anmelden unter
info@Heine-Salon.de – Eintritt ist frei

www.heine-salon.de

Gefördert durch  Landeshauptstadt
Düsseldorf
www.literaturstadtduesseldorf.de

meinungsfreiheit beim zoll unbekannt

Die Beamt*innen des Düsseldorfer Zolls brauchen offensichtlich eine Nachschulung zum Thema „Meinungsfreiheit“. Wie erst vor kurzem bekannt wurde, hat der Düsseldorfer Zoll im Oktober 2020 die komplette arabischsprachige Auflage eines wissenschaftlichen Buches über Abdullah Öcalan und die kurdische Frage beschlagnahmt. 500 Exemplare des Werkes „Your Freedom and Mine: Abdullah Öcalan and the Kurdish Question in Erdogan's Turkey“ zog er ein. Anlass bot ihm das Cover, das den in der Türkei inhaftierten Führer der kurdischen Arbeiterpartei PKK, Abdullah Öcalan, zeigt. Auch gegen den Empfänger der Sendung, das Kurdische Studienzentrum in Bochum, wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Das besagte Buch, das der Soziologiedozent Thomas Jeffrey Miley von der Universität Cambridge gemeinsam mit dem an der italienischen Universität Udine lehrenden Geografen Federico Venturini verfasst hat, erschien zuerst 2018 auf Englisch. Es besteht unter anderem aus einer Abhandlung zur kurdischen Frage sowie aus Dokumenten und Interviews mit Politiker*innen,

Journalist*innen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zu Fragen der Menschenrechte in der Türkei. Die Beschlagnahmung stellt einen massiven Angriff auf die Freiheit der Literatur und der Wissenschaft dar. Es reiht sich ein in die Kriminalisierung alles Kurdischen in Deutschland. Schon 2018 und 2019 wurden beim Neusser Mir-Verlag tonnenweise Bücher und CDs beschlagnahmt (siehe TERZ 03/2019). Darunter waren Übersetzungen von Weltliteratur ins Kurdische sowie Kinderbücher und ein gesamtes Musikstudio.

Der Kommunikationswissenschaftler Kerem Schamberger, der den Fall öffentlich machte, bringt es auf den Punkt: „Das Buch von zwei Wissenschaftlern wird eingezogen, weil den deutschen Repressionsbehörden das Cover nicht gefällt? In der langen Reihe der Verfolgung der Freiheitsbewegung ist dies der nächste Skandal in einem Land, das angeblich auf Presse- und Meinungsfreiheit so großen Wert legt. Mit Ausnahme der Türkei gibt es keinen anderen Staat, der derart repressiv gegenüber der kurdischen Bewegung auftritt.“

komma
Verein für Frauenkommunikation e.V.

HALTET
DURCH!



www.komma-duesseldorf.de

Die

Kooperationsvereinbarung Düsseldorf schwarz-grün

Schon seit Langem wächst zusammen, was für viele eigentlich nicht zusammengehört: Die CDU und Bündnis 90/ Die Grünen. Auf kommunaler Ebene gab es Mitte der 1990er Jahre die ersten Kooperationen, und nun ist es auch hier so weit. Die beiden Parteien vereinbarten nach der Wahl im September 2020 ein „Gestaltungsbündnis für ein zukunftsfestes Düsseldorf“. Eine „offene, nachhaltige und generationen-gerechte Stadt“ streben sie an.

„Da haben Menschen verhandelt, die gut miteinander vertraut sind und sich deshalb auch auf dem Feld der Politik vertrauen“, sagte der Düsseldorfer CDU-Parteivorsitzende Thomas Jarzombek nach der Unterzeichnung des schwarz-grünen Kooperationsvertrages. Und sein Parteikollege, Ratsfraktionschef Rolf Tups, bekundete: „Wir wollen eine fortschrittliche Politik betreiben, die den Menschen nutzt.“ Die grüne Partei-Vorsteherin Paula Elsholz erklärte derweil im professionellen Politik-Sprech: „Wir sind angetreten, um Verantwortung zu übernehmen“. Vor ihren 156 Parteifreund*innen, die der Kooperationsvereinbarung zustimmen mussten und das bei elf Gegenstimmen und elf Enthaltungen auch taten, charakterisierte sie das neue „Gestaltungsbündnis für ein zukunftsfestes Düsseldorf“ schließlich so: „Das ist keine Liebesheirat, aber beherzter Pragmatismus.“

Schwarz-grün dreht am Rad

Besonders bei der Verkehrspolitik schlugen bisher nicht gerade zwei Herzen im Dreiviertel-Takt. Die CDU hatte einen „Freie Fahrt für freie Bürger“-Wahlkampf gemacht und dabei vor allem gegen die Umweltschadstoffe agitiert. „Umweltfeindliche Umweltschadstoffe abschaffen!“, lautete eine der zentralen Parolen ihres Oberbürgermeister-Kandidaten Stephan Keller. Seiner Meinung nach hatten die Sondertrassen, welche die Ampel-Koalition für Busse, Fahrgemeinschaften, Fahrräder und andere klima-freundlichere Fortbewegungsarten einführt, ihren Namen nicht verdient. Als einen „Versuch, der die Erwartungen nicht erfüllt hat und gescheitert ist“, wertet die Kooperationsvereinbarung nun das Projekt, welches das Ziel verfolgte,

im Rechtsstreit mit der Deutschen Umwelthilfe (DUH) über die kontinuierlichen Grenzwertüberschreitungen von Stickstoffoxiden zu einer gütlichen Einigung zu kommen. „Wir werden die Umweltschadstoffe deshalb wieder aufheben und andere Maßnahmen zur Verbesserung der Luft-Qualität und auch zur Förderung des Radverkehrs ergreifen“, kündigten die Parteien an. „Die Düsseldorfer Unternehmen können aufatmen“, erklärte

die Industrie- und Handelskammer umgehend und nannte das Umweltschadstoffe-Aus „zielführend“. Und noch weiteres Unbill haben Keller & Co. den Autofahrer*innen erspart: Diese brauchen nicht vom Gas zu gehen. „Die Kooperationspartner haben unterschiedliche Positionen zur Frage von Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in der Stadt“, hält das „Gestaltungsbündnis“ fest.

Schwarz-Grün will die Verkehrsströme nun „verträglich abwickeln mit Hilfe intelligenter Lösungen und einem ausgewogenen Management“ und so „die Mobilität der Düsseldorfer*innen und der Ein- und Auspendler*innen erhalten“ – sowie last not least – „zukunftsfest machen“. Das Mittel der Wahl dazu: zwei, drei, viele Radwege und vor allem intelligente Ampeln. Nach den schwarz-grünen Plänen steuern zunächst Pfortner-Ampeln den Verkehr in der Stadt, um Staus zu vermeiden, und später einmal sollen es sogar „umweltsensitive“ Ampeln regeln. Je nach Schadstoff-Belastung in der City müssen dann mehr oder weniger Autos draußen bleiben. Dieses 4,7 Millionen Euro teure Pilot-Projekt, dessen Kosten der Bund zu 60 Prozent übernimmt, verbindet Ampeln mit Mess-Stationen, Wechselverkehrszeichen und Anzeige-Tafeln. „Wir erhalten somit ein flexibles und an die realen Gegebenheiten angepasstes Regulierungsinstrument“, so Verkehrsdezernentin Cornelia Zuschke. Für den Rest an Luftreinigung soll dann das Übliche sorgen: Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs, Ausbau von „Park & Ride“-Angeboten und Umrüstung der städtischen Fuhrparksflotte.

Zwar hält auch Schwarz-Grün eine „nennenswerte Reduktion“ des Verkehrs für geboten, um eine

Absenkung des Ausstoßes von Kohlendioxid, Stickstoffoxiden (NOx) und anderen Schadstoffen zu erreichen, aber ob das geht, ohne in irgendeiner Form das Auto auszubremsen, steht doch sehr in Frage. Jürgen Resch von der Deutschen Umwelthilfe etwa kritisiert die neue Verkehrspolitik: „Düsseldorf ist die einzige Stadt in Deutschland, die Umweltschadstoffe abschafft. Da müssen schon starke alternative Maßnahmen kommen, die die Abgas-Werte senken.“ Und die neuen Ampeln betrachtet er nicht als solche Maßnahmen. „Umweltsensitive Ampeln sind ein Phantom. Der Oberbürgermeister hat uns noch kein konkretes Konzept vorgelegt, das wir prüfen können“, so Resch. Dirk Jansen vom BUND beurteilt das Instrument ebenfalls skeptisch und meint: Die NOx-Grenzwerte müssen schnellstmöglich und dauerhaft eingehalten werden. Das geht nur, wenn weniger Autos in die Stadt kommen.“ Darum fordert er eine „konsequente Abkehr vom Leitbild der auto-gerechten Stadt“.

Momentan kommen weniger Autos in die Stadt, allerdings corona- und vielleicht auch ein wenig umweltschadstoffe-bedingt, was prompt Auswirkungen auf die Zahlen hatte. Zum ersten Mal gelang es der Corneliusstraße 2020, im Jahresmittel den Stickstoffdioxid-Grenzwert von 40 Mikrogramm knapp einzuhalten. Corona mit seinen Begleiterscheinungen und Spätfolgen wie mehr Home-Office könnte sich also als neuer gelber Engel für Schwarz-Grün und seine Autofahrer*innen erweisen.

In Sachen „Klimaschutz“ setzen die beiden Parteien statt beim mobilen beim immobilien Sektor an. Mit Maßnahmen wie der energetischen Sanierung, Ökostrom für alle städtischen Gebäude, Fernwärme und Ölheizungs-austausch wollen sie Düsseldorf zur Klima-Hauptstadt und bis 2035 klima-neutral machen. 60 Millionen Euro stehen dafür bereit.

Wohnst Du schon ...

Klima-korrektes Wohnen ist sicher eine schöne Sache, aber für viele Düsseldorfer*innen stellt schon das normale Wohnen ein großes Problem

dar, weil sie keine Bleibe zu einer akzeptablen Miete finden. Schwarz-Grün plant deshalb, das Handlungskonzept Wohnen etwas zu verändern, das bei Projekten mit mehr als 100 Wohneinheiten greift. Künftig schreibt die Stadt hier einen preisregulierten Anteil von 50 Prozent vor, gesplittet in 30 Prozent öffentlich geförderten und 20 Prozent preis-gedämpften Wohnraum.

Bisher hat dieses Instrument kaum gewirkt. So fand es im Stadtbezirk 2 (Flingern und Düsseldorf) zwischen 2013 und 2019 nur bei wenigen der in dem Zeitraum entstandenen 1.428 Wohnungen Anwendung. Gerade einmal 124 öffentlich geförderte Einheiten errichteten die Bauherr*innen in den sieben Jahren und 65 preis-gedämpfte. Damit blieben sie unter dem Soll und fanden offenbar kreative Lösungen, um sich nicht an die Vorgaben halten zu müssen. Darum wollen CDU und Bündnis 90/Die Grünen hier jetzt „neue Wege gehen, um sicherzustellen, dass die Regeln für den preis-gedämpften Wohnraum eingehalten werden“. Weiterhin nimmt sich die schwarz-grüne Mehrheitsfraktion vor, den Anteil von Sozialwohnungen zu erhöhen, indem sie mehr Belegungsbindungen kauft. Auch will sie ein Leerstandsmonitoring betreiben. Zudem beabsichtigt das „Gestaltungsbündnis“ zu prüfen, ob es Eingreif-Möglichkeiten gibt, wenn Haus-Besitzer*innen Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln.

Ob die städtische Wohnungsbaugesellschaft (SWD) unter Schwarz-Grün künftig stärker dazu beiträgt, die Wohnungsnot zu lindern, steht dahin. „Für die Zukunft halten wir ein größeres Bau-Volumen für wünschenswert“, erklären die Parteien und bekunden zu prüfen, „welche Anforderungen durch eine Erhöhung entstehen und welche konkreten Maßnahmen sich zwingend daraus ergeben.“ In letzter Zeit war die SWD durch branchen-übliches Verhalten negativ aufgefallen. So verlangte sie teilweise Mieten von 14 bis 16 Euro pro Quadratmeter und beschränkte sich nicht auf die Errichtung öffentlich geförderter und preisgedämpfter Wohnungen. Darüber hinaus mischte sie auch im Immobilien-Handel mit. Vor allem die Grünen hatten dieses Gebaren kritisiert, was sich in dem

Vertragswerk jetzt aber nicht wiederfindet. Auch hat die Partei sich von der CDU eine Unterstützung privater Häuslebauer*innen abringen lassen. Spekulation gedenkt Schwarz-Grün durch einen aktiveren und sorgsameren Umgang mit dem Gut „Boden“ entgegenzuwirken. So kündigen die Koalitionspartner*innen eine „Bodenvorratspolitik“ an, den Erwerb von Grundstücken für Bau-Projekte in späterer Zeit. Überdies möchte sie eigene Liegenschaften nicht mehr so einfach völlig aus der Hand geben, sondern nach dem Erbbau-Recht nur verpachten und sich zudem verstärkt Vor- und Rückkauf-Rechte von Arealen sichern. Auch streben die beiden Parteien an, gegen Immobilien-Gesellschaften vorzugehen, die trotz Zusagen nicht bauen, weil sie lieber Monopoly mit den Grundstücken spielen, wie es zurzeit unter anderem beim Grand Central, auf dem Glashütten-Gelände und bei den Benrather Gärten der Fall ist.

Einige konkrete Maßnahmen dazu befinden sich schon in der Umsetzung. So hat die Stadt vor, in Verträgen zukünftig einen Passus einzubauen, wonach die Projekt-Entwickler*innen sich verpflichten, keine Veräußerungen von Firmen-Anteilen vorzunehmen und das Grundstück nicht zu filetieren und in größeren oder kleineren Stücken weiterzuverkaufen – oder solche Transaktionen wenigstens frühzeitig anzuzeigen. Als Druckmittel dient der Kommune hier das Baurecht. Hat der*die Investor*in dieses nicht, schmälert das den Wert des Bodens nämlich erheblich. Darüber hinaus zeigt sich die Kommune entschlossen, Vertragsstrafen zu verhängen, wenn die Unternehmen Bau-Zusagen nicht einhalten. Aber rückwirkend gilt dies alles nicht.

Safety first

Christdemokrat*innen und Grüne wollen nicht nur eine „offene, nachhaltige und generationengerechte Stadt“, sondern vor allem auch eine sichere. Stephan Keller hatte sich im Wahlkampf als veritabler „Law & Order“-Mann inszeniert. Dementsprechend heißt es jetzt in der Kooperationsvereinbarung: „Mit uns soll Düsseldorf

weiterhin eine Metropole sein, in der sich die Menschen frei und sicher fühlen – und es auch sind. Objektive Sicherheit und auch das subjektive Sicherheitsgefühl tragen wesentlich zum Funktionieren unseres Gemeinwesens bei.“ So steht dann eine Aufstockung des Ordnungs- und Servicedienstes (OSD) um 150 Beschäftigte an – so sie sich dann finden lassen, denn beliebt ist der Job nicht gerade. Bei der grünen Basis kam diese Arbeitsplatz-Beschaffung nicht gerade gut an. Die Mandatsträger*innen mussten da schon zum allerletzten Mittel greifen, das nur zum Einsatz kommt, wenn nichts anderes mehr geht: dem Fahrrad. Die OSDler*innen seien doch auch dazu da, um gegen Falschparker*innen auf Radwegen einzuschreiten, erklärte die Landespolitikerin Annette Klinke vor der Abstimmung über die Kooperationsvereinbarung. Außerdem habe beim Thema „Sicherheit“ auch der Präventionsgedanke Eingang ins schwarz-grüne Programm gefunden, sekundierte die Landtagsabgeordnete Monika Düker.

Und war sonst noch was? Der neue Oberbürgermeister empfindet sich explizit als Teil des Rathaus-Bündnisses, was bei seinem Vorgänger Thomas Geisel anders war. Corona-bedingt erklärt es Schwarz-Grün nicht länger zum Tabu, Schulden zu machen. Ex-Bürgermeister Joachim Erwin dürfte sich da im Grabe umdrehen. Dafür zollen ihm CDU und Grüne Tribut und heben zur Sanierung der Stadtkassen die Gewerbesteuer nicht an. „Wir sichern die niedrige Gewerbesteuer von Joachim Erwin“, hielt Parteichef Thomas Jarzombek fest. In der Kultur-Politik bekennen die Parteien sich gleichermaßen zu großen und kleinen Häusern und wollen sogar eine Erweiterung des Zakks prüfen. Auch kündigen sie eine Neubewertung der Straßenordnung an, unter der bisher besonders die Obdachlosen gelitten haben. Sodann gibt es künftig jede Menge Beauftragte: etwa für Nachhaltigkeit, für Biodiversität und fürs Nachtleben. Sogar die CDU bekommt davon etwas ab: einen Väter-Beauftragten.



JAN

SOLIANZEIGE



www.fiftyfifty-galerie.de/projekte

Bitte spenden Sie.
asphalt e.V./fiftyfifty, DE35 3601 0043 0539 6614 31

fiftyfifty
Straßenmagazin/Galerie



Zum tödlichen Brand in der JVA Kleve

Im „PUA Kleve“ – dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Inhaftierung und zum Tod von Amed Ahmad in der Justizvollzugsanstalt Kleve – häufen sich statt Antworten: Fragen. Manche weisen in unglaubliche Richtungen: Datenfälschung, Vertuschung, merkwürdige Personenzusammenhänge.

In seinen vergangenen Sitzungen, zuletzt am 19. Januar 2021, hat sich der Parlamentarische Untersuchungsausschuss des nordrhein-westfälischen Landtages den offenen Fragen zum Brand-Geschehen in der JVA Kleve am 17.09.2018 zugewandt. Der Ausschuss widmet sich den Ursachen für die rechtswidrige Inhaftnahme von Amed Ahmad im Sommer 2018, seiner Monate währenden Zeit im Knast in Kleve – vorgeblich „verwechselt“ mit einem per Haftbefehl Gesuchten –, dem dann im September 2018 in seiner Zelle ausbrechenden Feuer und den Gründen dafür, dass der zu Unrecht Gefangene nicht deutlich früher aus dem Haftraum gerettet werden konnte. Im Beweisprogramm scheint der Ausschuss nun mit dem Themenwechsel hin zu den Hintergründen für den Zellenbrand den zuvor beleuchteten Komplex „Datenzusammenführung“ endgültig abschließen zu wollen.

Strafanzeige gegen Unbekannt

Das wäre falsch. Denn hier sind, wie zuletzt die Rechtsanwälte der Familie von Amed Ahmad zeigten, noch viele Zusammenhänge ungeklärt.

Nach einer Pressemitteilung, die die Anwälte Schön & Reinecke im Dezember 2020 veröffentlichten, gibt es aktuell schwere Zweifel daran, dass die Erklärung von der „tragischen Datenpanne“, die das Innenministerium NRW weiterhin aufrechterhält, richtig ist. Substantiell kann ein solcher Vorgang, der zur Verwechslung der Identitäten geführt haben soll, jedenfalls nicht begründet werden. Denn weder für einen sog. Kreuztreffer in der Polizeidatenbank ViVA, der vorgeblich die Ursache der Datenzusammenführung in den Fahndungs- und Personendatensätzen gewesen sei, noch für das Wie der Datenzusammenführung selbst gibt es nachvollziehbare Begründungszusammenhänge oder Beweise. Mehr noch: Die Anwälte führen in ihrer ausführlichen Erklärung aus, dass das vorgebliche „Beweismaterial“, die Veränderungsprotokolle zur Bearbeitung in der Datenbank, für den fraglichen Zeitraum lückenhaft ist.

Was zu welchem Zeitpunkt an einer Datenbank verändert wird, ist stets im Hintergrund dokumentiert, jeder Klick wird abgebildet. Dabei werden alle Vorgänge die Datensätze betreffend, mögen

sie noch so unerheblich sein, automatisch durchnummeriert. So fiel nun auf, dass die Datenprotokolle für genau den Tag nicht vollständig sind, an dem Amed Ahmad vorgeblich eine zweite, aber für ihn vollkommen falsche Alias-Personalie, die des Gesuchten, aus Versehen in seinen Personendatensatz hereingeschrieben bekommen haben soll. Die Anwälte der Familie Ahmad, die seit 2018 für Aufklärung der Inhaftierung und des Todes ihres Sohnes und Bruders kämpft, machen darauf aufmerksam, dass die Grundlage der Fehler-Analyse, wie das „Landesamt für zentrale polizeiliche Dienste“ (LZPD) sowie das LKA sie in den Ermittlungen zur falschen Inhaftnahme von Amed Ahmad vorgelegt haben, mindestens an dieser Stelle unvollständig ist. Vielleicht geht es aber auch um manipulierte Daten. Denn das LZPD hat seiner Auswertung, auf deren Basis später dann auch das LKA einen Bericht an die Staatsanwaltschaft fertigte, genau diese lückenhafte Dokumentation zugrunde gelegt. Außerdem hat auch der Untersuchungsausschuss für seine eigene Arbeit wiederum nur dieses Auswertungsprotokoll erhalten – mit den fehlenden Protokoll Daten.

Wer aber hat diese Löschungen (oder das Herausfiltern bis zur Unsichtbarkeit) im Veränderungsprotokoll zum Personendatensatz von Amed Ahmad vorgenommen? Wer hat sie angeordnet? Was hätten uns die Veränderungsprotokoll-Daten verraten können, wären sie nur vollständig? Und am Ende: Sind hier mutwillig Spuren beseitigt worden?

Die Rechtsanwälte Schön & Reinecke haben im Dezember 2020 Strafanzeige gestellt gegen Unbekannt. Ihr Ansatz: Wenn sich herausstellt, dass die Daten für die Ermittlungen, die die Staatsanwaltschaft Kleve im „Fall Amed A.“ nach dessen Tod führte, schlicht nicht weitergegeben, gewissermaßen herausgefiltert wurden, geht es um die Straftatbestände der Urkundenunterdrückung oder der Strafvereitelung (im Amt). Sollten sie dagegen gelöscht worden sein, gäbe es Menschen, die etwa wegen Urkundenfälschung oder der Fälschung technischer Datenaufzeichnungen bzw. Datenveränderung zur Rechenschaft zu ziehen sind.

Das LZPD im Fokus

Entlang dieser Sachfragen fällt der Blick hier also im Konkreten: Auf die Arbeit des Landesamtes für polizeiliche Dienste NRW. Viel zu wenig haben die Politiker*innen im Untersuchungsausschuss sich bislang mit diesem Teil der Polizeibehörde von NRW beschäftigt. Ihre Fragen richteten sich gewissermaßen nur an die „Expert*innen“ vom LZPD, die Auskunft über ihre Datenbanksysteme zu geben hatten. Dass die Mitarbeitenden des LZPD mit Sitz in Duisburg dagegen selbst als mögliche Beteiligte befragt werden müssten, war (und ist aktuell) ausgeblendet.

Das sollte sich spätestens mit der klaren Recherche der Rechtsanwälte Schön & Reinecke ändern. Die Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und SPD

brachten im Ausschuss bislang immer Zweifel an der vorgeblichen „Datenpanne“ und ihrer Folge, der angeblichen „Verwechslung“ zum Ausdruck. Mit den Informationen zur neuen Strafanzeige gegen Unbekannt haben sie nun allen Grund, ihren Blick gezielt noch einmal auf die Mitarbeitenden im LZPD zu richten. Täten sie es nicht, fehlt es an entscheidender Stelle an Aufklärungsbemühen. Auch ginge den Oppositionsparteien im Landtag die Möglichkeit verloren, das gegenwärtig CDU-geführte Innenministerium unter Herbert Reul noch einmal in grundsätzliche Erklärungsnot zu bringen.

Wo sich bei all dem inzwischen durchaus auch Ideen zu einem verschworenen Vorgehen in den Reihen der Polizei (vom Kripobeamten in Geldern über die IT-Expert*innen im LZPD) beinahe anbieten, hat dieser Erklärungsstrang mit der Ausschuss-Sitzung vom 17. Januar nun noch einen weiteren, beinahe absurden Dreh bekommen.

Der Stadtbrandinspektor

In der 27. Ausschuss-Sitzung des PUA Kleve war mit dem „Stadtbrandinspektor“ B. nämlich ein Zeuge geladen, der für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Kleve am 17.09.2018 in Kleve vor Ort war. Er schilderte aufschlussreich, wie sich ihm

als Leiter der Feuerwehr und des Einsatzes in der JVA Kleve, der Brandort darstellte bei Eintreffen der Löschzüge. So ordnete er etwa ein, warum das Waschbecken in der Zelle mit Papier verstopft worden und mit Wasser übergelaufen sein könnte: Vielleicht, weil Amed Ahmad sich während des Brandes durch Kühlung zu retten versucht habe. Oder, möglicherweise, weil er durch die Überschwemmung Aufmerksamkeit auf sich und den Brand habe lenken wollen, in den langen Minuten, in denen er auf eine Antwort auf seinen Lichttruf aus der Zelle gewartet hatte, wie wir heute wissen: vergeblich. Die Zelle 143 brannte, vollkommen verrußt, knapp 20 Minuten lang. Der Feuerwehrmann schilderte vor dem Ausschuss, dass er Amed Ahmad später, nach der Öffnung der Zelle, noch gesehen habe. Im Flur an die Wand gelehnt, an den Armen schwer verbrannt, im „Grenzbereich“ zwischen Leben und Tod.

Die Aussage des Zeugen B. war präzise. Sehr präzise. Es war dem Feuerwehrmann anzumerken, dass ihm Ordnung und sachliche Richtigkeit wichtig sind. Zugleich lässt ein kleiner, beinahe wie hingeworfener Punkt, gleich zu Beginn seiner Zeugenaussage vor dem Ausschuss, aufhorchen. Denn B. arbeitet neben seinem Engagement für die Freiwillige Feuerwehr Kleve, hauptberuflich

in Duisburg: Beim Landesamt für polizeiliche Dienste. Was für ein Zufall.

Für jede weitere Aufklärung zur Haft und zum Tod von Amed Ahmad braucht es Aufmerksamkeit für jedes noch so kleine Detail. Die Anwälte der Familie, die sich auf rechtlchem Wege bemühen, die Behörden von der Dringlichkeit der Ermittlungen zu überzeugen, haben hier etliche, begründete Anhaltspunkte vorgelegt, warum die Erzählung von der „tragischen Verwechslung“, der „Datenpanne“ und den unglücklichen Umständen, die zur Inhaftierung von Amed Ahmad führten, falsch ist – vielleicht aber politisch gewünscht. Zugleich müssen sich nun, das wird immer deutlicher, alle Beteiligten eindringlich fragen, ob sie wirklich alles richtig gemacht haben. Öffentlich hat hierzu bisher noch kein*e einzige*r Zeug*in von sich selbst gesprochen, als es um Verantwortung ging. Wenigstens um eine moralische. Wenn eine*r das Schweigen bräche, wäre der Wahrheit geholfen. Die nächsten Ausschuss-Sitzungen sind am 2. Februar, 9. März und 13. April 2021, jeweils um 14.30 Uhr. Der Besuch der öffentlichen Teile der Sitzungen ist nach wie vor möglich, die Abstands- und Hygieneregeln sind angemessen. Bitte kommt zu den Ausschuss-Sitzungen – Öffentlichkeit ist wichtig!

Schlussstrich ist keine Aufklärung

Am Donnerstag, den 14. Januar 2021, hat der Bundesgerichtshof den Freispruch des Landgerichts Düsseldorf zum Bombenanschlag am S-Bahnhof Düsseldorf-Wehrhahn bestätigt. Aufgeklärt ist der Anschlag vom 27. Juli 2000 damit weiterhin nicht. Der Verfassungsschutz hätte dazu beitragen können. Tut dies aber bis heute nicht.

Am Nachmittag des 27. Juli 2000 explodierte am Düsseldorfer S-Bahnhof Wehrhahn eine selbstgebaute Bombe. Ziel des rassistischen und antisemitischen Anschlags war eine Gruppe von zwölf Erwachsenen, die nach dem Unterricht in einer nahegelegenen Sprachschule auf ihrem Weg nach Hause waren. Bei dem Anschlag wurden zehn Menschen verletzt, einige erlitten beinahe tödliche Verwundungen. So auch eine schwangere Frau, deren Ungeborenes nicht gerettet werden konnte.

Scherbenhaufen

Anfang 2017 wurde der Öffentlichkeit ein möglicher Täter präsentiert, der auch schon im Jahr 2000 im Fokus der Polizei stand und auf den die Düsseldorfer Antifa bereits vor 17 Jahren, unmittelbar nach dem Anschlag, hingewiesen hatte. Auf die nun neuerlichen Ermittlungen, an deren Ende Ralf S. als dringend Tatverdächtiger

festgenommen wurde, folgte zum Jahresanfang 2018 der Beginn des Strafprozesses. Im Juli 2018 hat das Landgericht den Angeklagten Ralf S. allerdings nach 34 Hauptverhandlungstagen von allen Tatvorwürfen freigesprochen.

Mit dem Urteilsspruch des Bundesgerichtshofes (BGH) ist das in vielerlei Hinsicht umstrittene Urteil der Düsseldorfer Strafrichter*innen jetzt rechtskräftig.

„Damit stehen Überlebende und Beobachter*innen des Prozesses vor einem Scherbenhaufen der Aufklärung“, kritisiert die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) den Urteilsspruch. Die Beratungsstelle hat den gesamten Strafprozess begleitet und dokumentiert. Ihre detaillierten Berichte stehen auf der Homepage der MBR NRW zur Verfügung. „Ein bedeutender rechtsterroristischer Akt in der Geschichte der Bundesrepublik bleibt damit ungesühnt und unaufgeklärt“, so das Fazit der MBR.

Und der Geheimdienst?

Auch die Recherche- und Dokumentationsinitiative NSU-Watch NRW kritisiert die Revisionsentscheidung des BGH: „Es gibt definitiv Täter und

Täterinnen beim Anschlag vom 27. Juli 2000. Wir werden den Anschlag nicht in die Schublade der Geschichte legen, nur weil die Strafjustiz zu der Überzeugung gekommen ist, dass der Angeklagte im Prozess nicht überführt werden konnte. Zu viele Fragen sind noch immer unbeantwortet.“

So hat weder der Gerichtsprozess noch der im Jahr 2017 abgeschlossene NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags von Nordrhein-Westfalen Antworten auf die Täterschaft liefern können. NSU-Watch NRW erinnert an zwei Frage-Komplexe, zu denen bis heute von staatlicher Seite jedes Aufklärungs- und Erkenntnisinteresse fehlt:

1. Was wussten Geheimdienste und V-Leute?

Wie durch Medienberichte seit 2017 bekannt ist, hat bereits 2004 eine V-Person des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamts (LKA) auf einen Düsseldorfer Neonazi aus dem Umfeld des Angeklagten Ralf S. als möglichen Mitwisser des Anschlags hingewiesen. Der Anschlag soll demnach von Neonazis aus Ostdeutschland verübt worden sein, unter Mithilfe lokaler Unterstützer:innen aus der hiesigen extrem rechten Szene. Damals wurde diesem Hinweis nur unzureichend nachgegangen. Was die Polizei 2004 nicht wusste und erst 2012 erfuhr: Dieser als Mitwisser verdächtige Neonazi, André M., war unter dem Decknamen „Apollo“ zeitweise für den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz tätig. Als der Verfassungsschutz die Polizei nach Jahren des Schweigens über seinen Spitzel informierte, behaupteten die Geheimdienst-Vertreter:innen, „Apollo“ habe ihnen zum Anschlag keine Informationen zu liefern vermocht, und zum Tatzeitpunkt sei die

Zu-sammenarbeit mit ihm bereits beendet gewesen. Zeitgleich lieferte der Ver-fassungsschutz ein Alibi für „Apollo“: Ausgerechnet am Mittag des 27. Juli 2000, dem Tag des Anschlages, will sein ehemaliger V-Mann-Führer ihn getroffen haben. Warum?

Weder im Prozess am Landgericht Düsseldorf noch im NSU-Untersuchungsausschuss konnte die Rolle des Verfassungsschutzes aufgeklärt werden. Auch wurde nicht nach der als zuverlässig geltenden V-Person des LKA gefragt, die 2004 den Hinweis auf André M. gab. Weder wurde die V-Person selbst, noch die sie betreuenden Polizei-beamt:innen befragt.

2. Was wusste die Neonazi-Szene?

Vor Gericht wurde bekannt, dass die Ermittler:innen

bereits unmittelbar nach dem Anschlag das Telefon des Verdächtigen Ralf S. abhörten. Sie schnitten damals auch Gespräche mit, in denen der später Angeklagte in freundschaftlichem Ton mit bundes-weit vernetzten Neonazis über den Anschlag und die Ermittlungen gegen sich sprach. Obwohl die Telefonpartner:innen spätestens nach den Hintergrund-Recherchen von NSU-Watch NRW eindeutig benannt werden konnten, blieben diese Hintergründe zur Einbettung des Tatverdächtigen in extrem rechte Strukturen ungenutzt. Und das, obwohl einige der Kontaktpersonen dem erweiterten Umfeld des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) zuzurechnen sind.

Die Strafkammer des Landgerichts Düsseldorf stellte zwar in ihrer Freispruch-Begründung fest,

dass Ralf S. ein Rassist, Antisemit und – auf lokaler Ebene zumindest am Rande – Teil neonazistischer „Kameradschaften“-Strukturen gewesen sei, tiefer-gehende Ermittlungen fanden aber diesbezüglich nicht statt.“

Untersuchungsausschuss, jetzt!

„Was wusste die lokale und darüber hinaus vernetzte Neonazi-Szene über den Anschlag und den Verdächtigen Ralf S.?“, fragt die Initiative NSU-Watch NRW: „Wer hier nicht mindestens nachfragt und die Widersprüche in den Aussagen von Neonazis aufgreift und prüft, kann kaum behaupten, alle Spuren ausermittelt zu haben.“ Sprecherin Maria Breczinski ergänzt diesen Eindruck: „Wenn darüber hinaus nicht ein einziges

So beliebt wie Zahnweh

WerteUnion, AfD, Verfassungsschutz, Schusswaffengebrauch, NSU – in zufälliger Reihenfolge. Das sind die Schlagworte, über die wir zuletzt gestolpert sind. Seit Dezember 2020 beinahe täglich. Ein TERZ-Rückblick auf einen Jahreswechsel mit Rechtsstreit im Zahnweh-Format.

Es ist der Name eines Rechtsanwaltes, der eine Kanzlei mit den Rechtsvertretungs- und Beratungsschwerpunkten Medienrecht, Markenrecht, Wettbewerbsrecht und Urheberrecht betreibt, der seit Wochen mit den genannten Schlagworten in lockerer Folge hier und dort in der Presselandschaft auftaucht – auch bei uns als „Betroffenen“ (später mehr) sowie als Zeitungs- und Twitter-Leser*innen hat er Aufmerksamkeit erfahren. Die Rede ist von Prof. Dr. Ralf Höcker, Legum Magister in Intellectual Property Law mit Kanzleisitz in Köln, am Friesenplatz, in Hausnachbarschaft zu einer kieferorthopädischen Praxis.

Was „Unrecht“ ist

Dieser Ralf Höcker, er fiel uns schlicht immer wieder ins Auge. So wurde etwa noch im Dezember 2020 bekannt, dass in nun wenigen Wochen, am 2. März 2021 in Köln der Strafprozess gegen den ehemaligen CDU-Kommunalpolitiker Hans-Josef Bähler beginnen wird. Ihm wird vorgeworfen, am Silvesterabend 2019 unweit seines Wohnhauses in Köln Porz eine Gruppe Jugendlicher zunächst rassistisch beleidigt, dann eine Schusswaffe gezückt und einem damals 20-Jährigen aus den Reihen dieser Gruppe durch die Schulter geschossen zu haben. Im Prozess wird der Angeklagte verteidigt von der Anwaltskanzlei Höcker, die „unter anderem auch AfD-Politiker*innen vertritt“, wie

es zuletzt im monatlichen Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln im Januar 2021 zum Prozessbeginn hieß.

Die Tageszeitung „Neues Deutschland“ erinnerte am 30.12.2020, „Ein Jahr nach dem Schuss“, außerdem daran, dass Rechtsanwalt Ralf Höcker im Zuge der ersten Berichterstattung über den mutmaßlichen Schusswaffengebrauch mit

Körperverletzungsfolgen dagegen vorzugehen versuchte, dass der Name seines Mandanten öffentlich genannt werde. Er veröffentlichte eine Twitter-Nachricht, schrieb als Antwort auf den Post eines prominenten Users: „Ich fordere sie als Medienanwalt des zu Unrecht Beschuldigten auf, diesen rechtswidrigen Tweet zu löschen und abzuwarten, was WIRKLICH passiert ist“. Höcker reagierte damit auf einen Tweet von niemand geringerem als CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak, der sich in seinem Post zehn Tage nach der Tat von seinem Partei-Kollegen Bähler distanzierte. Gewalt, so zwitscherte Ziemiak, dürfe keinen Platz haben „in unserer Gesellschaft“, ergänzt um ein „#Baehner“ (dokumentiert in: „Schuss in Porz“, Kölner Stadtanzeiger v. 10.01.2020). Die Frage, ob der Kölner Kommunalpolitiker Bähler zu Unrecht der Tat beschuldigt ist, wird nun allerdings nicht im Kurznachrichtendienst Twitter, sondern vor dem Landgericht Köln zu klären sein. Dort hat die Oberstaatsanwaltschaft im Mai 2020 Anklage gegen „Hans-Josef Bähler wegen gefährlicher Körperverletzung, Beleidigung und unerlaubten Waffenbesitzes“ erhoben („Nach Schuss in Porz“, Kölner Stadtanzeiger, 28.05.2020).

„Phantombedrohung“


Knapp zwei Monate vor der Anklage-Erhebung gegen Höckers Mandanten hatte die Staatsanwalt-

schaft Köln mit dem Rechtsanwalt selbst zu tun. Mit ihm persönlich, gewissermaßen. Denn diesmal ermittelte sie nicht gegen seine Mandantschaft. Sie griff vielmehr ein Statement auf, dass Höcker selbst über sein Social Media-Profil bei „facebook“ geteilt hatte. Dort hatte er im Februar 2020 verlautbart, dass er von seinem Amt als Sprecher der sich selbst als „konservative Basisbewegung in der CDU/CSU“ beschreibenden „WerteUnion“ zurücktrete. Wie Wikipedia weiß, hatte Höcker diese ehrenamtliche Aufgabe seit Juni 2019 inne (Aufruf der Wikipedia-Page vom 23.01.2021). Nun aber, hieß es in dessen eigenem Facebook-Beitrag, werde er massiv bedroht und wolle darum alle seine politischen Ämter niederlegen.

Im Anschluss an diese Veröffentlichung des Medienrechtlers Höcker leitete die Staatsanwaltschaft Köln sogleich die Ermittlungen wegen Nötigung zum Nachteil von Ralf Höcker ein. Wie die Tageschau allerdings bereits im März 2020 berichtete, wurde dieses Ermittlungsverfahren jedoch eingestellt. Nicht aber etwa – wie zu vermuten gewesen wäre –, weil die Ermittlungen gegen Unbekannt zu keinem beweiskräftigen Hinweis auf die Urheber*innenschaft der vorgeblichen Bedrohung geführt hätten. Nein. Vielmehr teilte die Staatsanwaltschaft Köln nur Wochen nach dem spektakulären Facebook-Post vom 13. Februar 2020 in der Sache mit, dass sich im Ergebnis aus den eigenen Angaben des vermeintlich Geschädigten wohl herausgestellt habe, „dass es eine wie auch immer geartete Drohung von strafrechtlicher Relevanz, also insbesondere eine Morddrohung oder ähnliches, nicht gegeben hat“. Strafrechtliche Konsequenzen, etwa wegen der Vortäuschung einer Straftat, hat Rechtsanwalt Höcker aber wohl nicht zu befürchten. Der Facebook-Post des – nunmehr ehemaligen – WerteUnion-Sprechers sei zwar „mindestens missverständlich“. Ein Anfangsverdacht wegen der Vortäuschung einer Straftat läge jedoch nicht vor, so die Kölner Staatsanwaltschaft („Keine Drohung, keine Ermittlung“, tagesschau.de vom 31.03.2020).

Das Handelsblatt, das am 27. April 2020 über die

Mal dem Verfassungsschutz und dem LKA zu deren V-Personen-Praxis und Geheimdienstwissen über den Anschlag auf den Zahn gefühlt wurde, kann von Aufklärungsbemühen keine Rede sein. Vielmehr können wir gut begründet vermuten: Der Verfassungsschutz wäre in der Lage, Erkenntnisse beizusteuern!

Kein Wunder also, dass es aus Sicht von „NSU Watch NRW“ zwingend notwendig ist, dass sich endlich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss dem Behördenhandeln im Zusammenhang mit dem Wehrhahn-Anschlag widmet. 

Weitere Hintergrund-Beiträge:

<https://nrw.nsu-watch.info/wehrhahn-prozess>

<https://www.lotta-magazin.de/tag/wehrhahn>

„Phantombedrohung“ gegen Medienanwalt Ralf Höcker berichtete, fasste in einer ausführlichen Chronologie der Ereignisse zum Rücktritt Höckers von WerteUnion-Amt und CDU-Parteimitgliedschaft zusammen, dass sich „in der Anwaltsbranche“ inzwischen einige „ihren eigenen Reim aus der Wende“ in Höckers WerteUnion-Zugehörigkeit und -Funktion machten. „Höcker könnte eingesehen haben, dass sein Engagement für die rechte Szene seinem Geschäft schadet“, hieß es in der Tageszeitung.

„J. H.“, der NSU und die Anwälte

Wer in diese Richtung in einer simplen Google-Recherche sucht, findet rasch weitere Berichterstattungen zu verschiedenen Medienrechtstreiten, die Ralf Höcker in jüngerer Zeit in genanntem Kontext geführt hat. In der Online-Enzyklopädie „Wikipedia“ findet sich als ein besonders komplexer Sachverhalt kurz und knapp zusammengefasst: „Im Namen eines Mitarbeiters des Verfassungsschutzes ging Höcker unter anderem gegen die Tageszeitungen Die Welt und Junge Welt vor, die über eine mögliche Verstrickung des Mannes in den Sprengstoffanschlag des NSU auf der Probsteigasse 2001 in Köln berichtet hatten“ (Abruf 23.01.2021). Seither heißt jener Mann in der Presse nur noch „J. H.“ – obgleich zu jeder Sekunde die Möglichkeit besteht, etwa in den mühelos online einsehbaren Parlamentsdokumenten des Landtags von Nordrhein-Westfalen, nachzuvollziehen, wie dessen Name lautet (Landtags-Drucksache 16/14400).

Wer dieser „Spur J[...] H[...]“ folgt, wie es etwa im Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses am Landtag von Nordrhein-Westfalen zur möglichen Beteiligung lokaler Neonazis am Sprengstoffanschlag des sogenannten NSU vom 19. Januar 2001 heißt, wird bald auch mit vielen offenen Fragen zur Rolle des Landesamtes für Verfassungsschutz NRW und schließlich auch des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Kontakt kommen. Die unabhängige Dokumentations- und Recherche-Initiative NSU-Watch NRW hat unlängst, zum 20. Jahrestag des Anschlages in

der Probsteigasse darauf hingewiesen, welchen Anteil die Geheimdienste daran hatten, dass die Ermittlungen damals von den Spuren zur hiesigen Neonazi-Szene und zu ihren „Mitarbeitern“ und „Quellen“ wegführten (@nsuwatch_nrw am 19.01.2021 via Twitter). Ralf Höckers Mandant, dessen Name nicht genannt werden darf, aber allen bekannt ist, gehört zu diesem Fragenkomplex. Seit 2019 ist nun außerdem Dr. Hans-Georg Maaßen in beratender Funktion, als „Of Counsel“, für die Kanzlei Höcker tätig. Die Kanzlei-Homepage weist den Juristen als „bekannte[n] Experte[n] im Bereich der inneren Sicherheit und der geheimen Nachrichtendienste“, sowie als „Fachmann im öffentlichen Recht, in der politischen Kommunikation und der Presse- und Medienarbeit“ aus. Zu dessen Vita gibt die Webpage an, dass er von 1991 bis 2018 für das Bundesministerium des Innern in Bonn und Berlin tätig gewesen sei. Dabei war Maaßen von August 2012 bis November 2018 (Namenseintrag b. Wikipedia, 23.1.2021) in einer Zeit Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, da die Strafverfolgungsbehörden nach der Selbstenttarnung des sog. NSU in den Geheimdienstbehörden nurmehr „Konfetti“, geschredderte Unterlagen, dokumentiert fanden. Und es waren jene Jahre, in denen Parlamentarische Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern um Akteneinsicht ringen mussten, gleichsam

Mit Hans-Georg Maaßen schließt sich nun auch der Kreis. Er ist das Missing Link, das den eingangs

zitierten „ungemütlichen Jahreswechsel“ für die TERZ erklären hilft. Denn in unserer Dezember-Ausgabe hatten wir über einen Vortragsabend im Juli 2019 berichtet, zu dem Hans-Georg Maaßen nach Düsseldorf Garath als Referent eingeladen war. Gastgeberin war damals die CDU-Bundestagsabgeordnete Sylvia Pantel. Über sie im Dezember 2020 im Nachgang der Kommunalwahlen im Zusammenhang mit den schwarz-grünen Kooperationsplänen zu berichten, brachte der TERZ einen saftigen Rechtsstreit ein. Anwaltliche Vertretung der Gegenseite: die Rechtsanwaltskanzlei Höcker (TERZ 01.2021).

Wie Zahnschmerzen

Die TERZ hat solche Anwürfe zum Jahresende 2020 – ohnehin schon ein ätzendes Jahr – so „gebraucht“ wie Zahnschmerzen. Aber diese vergehen. Die Kosten für unseren rechtsanwaltlichen Beistand sowie die Forderungen der Gegenseite sind glücklicherweise gedeckt. Da wir aber davon ausgehen, dass wir auch 2021 nicht ans Ende der Geschichte der Niedertracht gelangen werden, kann es nicht schaden, ein wenig vorzubeugen. Wer sich mit der TERZ solidarisch zeigen möchte, kann dies darum über eine Spende an die Rechtshilfegruppe Düsseldorf tun: Unter dem Stichwort „Zahnschmerzen“ könnt Ihr kleine und größere Beträge schicken auf das Rechtshilfekonto bei der Stadtparkasse Düsseldorf

IBAN: DE 89 3005 0110 0063 0076 78.

Danke! 

#LEAVENOONEBEHIND STOPPT DEN EU-TÜRKEI-DEAL!

Der Winter kommt – in den Lagern auf Lesbos und anderen Inseln leben zehntausende Geflüchtete unter unmenschlichen Bedingungen, oft ohne Wasser, ohne Schutz vor Corona und anderen Krankheiten und ganz sicher ohne ein warmes Zuhause. 2016 hat die EU mit der Türkei einen Flüchtlingsdeal abgeschlossen. Im Wesentlichen ging es damals darum, nach dem kurzen „Sommer der Migration“ keine weiteren Geflüchteten in die EU zu lassen.

Im Austausch zu viel Geld und wenig Kritik am diktatorischen Erdoğan-Regime sollte die Türkei Geflüchtete, u.a. aus Griechenland „zurücknehmen“ und abschieben oder aber verhindern, dass die Menschen, die vor Krieg und Hunger geflohen sind, überhaupt europäischen Boden betreten. So werden aus Angst vor dem Aufkündigen des Deals weiter Waffen in die Türkei geliefert, die permanenten Angriffe der Türkei auf die Kurd*innen in Syrien werden stillschweigend hingenommen.

- ★ Öffnet die Grenzen
- ★ Für eine sofortige Auflösung aller Lager
- ★ Wir haben Platz - Leave no one behind
- ★ Stoppt den EU-Türkei-Deal

AKKUSTAN
Antifaschistische Koordination
Kurdistan Düsseldorf



Der Karneval fällt aus

„Trial by combat!“ schreit Trumps persönlicher Rechtsanwalt Rudy Giuliani am 6. Januar ins Mikrofön und „If you don't fight like hell, you're not gonna have a country anymore“, heizt der US-Präsident die Menge an, die sich in Washington versammelt hat. Cut. Die Meute befindet sich nun im Capitol, Zoom auf ein Sweatshirt: „Camp Auschwitz“. Keine Filmproduktionsfirma hätte ein derartiges Drehbuch angenommen! Der TERZ-Redaktion hatte ich einen Artikel über Karneval versprochen. Ich bin immer noch wie betäubt. Mir will nichts Lustiges einfallen. Heine hatte da ein besseres Standing. Im Jahr nach der Julirevolution war er nach Paris übergesiedelt, ab 1832 arbeitete er als Pariskorrespondent. In die Augsburger Allgemeine vom 13. April lässt er setzen: „Da dieser Winter der erste war, den ich in Paris zubrachte, so kan[n] ich nicht entscheiden, ob der Karneval dieses Jahr so brillant gewesen, wie die Regierung prahlt, oder ob er so



trist aussah, wie die Opposition klagt. Sogar bei solchen Außendingen kan[n] man der Wahrheit hier nicht auf die Spur kommen. Alle Parteien suchen zu täuschen, und selbst den eigenen Augen darf man nicht trauen.“

Mardi-gras 1832

„Einer meiner Freunde, ein Justemillionair, hatte die Güte, letzten Mardi-gras mich in Paris herum zu führen, und mir durch den Augenschein zu zeigen, wie glücklich und heiter das Volk sey. Er ließ an jenem Tage auch alle seine Bedienten ausgehen, und befahl ihnen ausdrücklich, sich recht viel Vergnügen zu machen. Vergnügt faßte er meinen Arm und rannte vergnügt mit mir durch die Straßen, und lachte zuweilen recht laut. An der Porte St. Martin, auf dem feuchten Pflaster, lag ein todtblasser, röchelnder Mensch, von welchem die umstehenden Gaffer behaupteten, er sterbe vor Hunger. Mein Begleiter aber versicherte mir, daß dieser Mensch alle Tage auf einer andern Straße vor Hunger sterbe, und daß er davon lebe, indem ihn nemlich die Karlisten [die Königstreuen] dafür bezahlten, durch solches Schauspiel das Volk gegen die Regierung zu verhetzen. Dieses Handwerk muß jedoch schlecht bezahlt werden, da Viele dabei wirklich vor Hunger sterben. Es ist eine eigene Sache mit dem Verhungern; man würde hier täglich viele tausend Menschen in diesem Zustande sehen,

wenn sie es nur längere Zeit darin aushalten könnten. So aber, gewöhnlich nach drei Tagen, welche ohne Nahrung verbracht worden, sterben die armen Hungerleider, einer nach dem andern, und sie werden still eingescharrt, und man bemerkt sie kaum.“

Mehr Polizei als nötig

„Sehen Sie, wie glücklich das Volk ist, bemerkte mein Begleiter, indem er mir die vielen Wagen voll Masken zeigte, die laut jubelten, und die lustigsten Narretheien trieben. [...] Nur wollte es mich bedünken, als sey dabei mehr Gendarmerie aufgestellt, als zu einem harmlosen Vergnügen eben nothwendig gewesen. Ein Republikaner [Anhänger der Republik; nicht zu verwechseln mit den sich „Republikaner“ nennenden Reaktionären oder „les Républicains“ in Frankreich], der mir begegnete, verdarb mir den Spaß, indem er mir versicherte, die meisten Masken, die sich am lustigsten gebärdeten, habe die Polizei eigens dafür bezahlt, damit man nicht klage, das Volk sey nicht mehr vergnügt. In wie weit dieses wahr sey mag, will ich nicht bestimmen; die maskirten Männer und Weiber schienen sich ganz von Innen heraus zu belustigen, und wenn die Polizei sie noch besonders dafür bezahlte, so war das sehr artig von der Polizei.“

Die Fortsetzung lässt Heine am 14. April 1832 mit den Zeilen beginnen: „Es ist sehr leicht, die Bedeutung der öffentlichen Mummereien einzusehen. Schwerer ist es, die geheime Maskerade zu durchschauen, die hier in allen Verhältnissen zu finden ist. D i e s e r Karneval beginnt mit





dem ersten Januar, und endigt mit dem einunddreißigsten December.“ Und er fügt die Erläuterung an: „Nicht blos in der Deputirtenkammer, sondern auch in der Pairskammer [Kammer des Hochadels] und im königlichen Kabinette, spielt man jetzt eine heillose Komödie, die vielleicht tragisch enden wird.“

Am Sonntag (10. Januar 2021) habe ich den ARD-Pressclub gesehen.

Katrin Bennhold, Leiterin des Berliner Büros der New York Times machte „marktfundamentalistische Ideen, die dazu führen, dass viele Leute sich zurückgelassen fühlen“ mit für die Krisen der westlichen Demokratien verantwortlich. „Man muss sagen, dass viele in der Arbeiterklasse, also viele von den blue collar workers, sich von den Demokraten verlassen gefühlt haben, und dies schon lange.“ Auch Obama habe dies nach der Finanzkrise nicht zurechtgerückt. Trump als Milliardär hat es geschafft, sozusagen, dieses ökonomische Element aus seiner Politik fast rauszunehmen, indem er praktisch eine Allianz geschaffen hat, basierend auf Identität und Werten, der Reichen und der Armen, vielleicht kann man das so sagen, und das gab es eigentlich in der Geschichte noch nicht.“ (diesseits des Atlantiks aber schon; genau darauf basierte der Faschismus). „Und ich glaube da korrektiv aktiv zu werden, ist jetzt total wichtig“, glaubt Bennhold. Ein derartiges Statement in einem öffentlich-rechtlichen Sender – und dies sogar vor 23 Uhr! Das ist schon was Besonderes!

THOMAS GIESE



Hermann Robben

19.04.1956 – 01.11.2020

Wir trauern um Hermann, einen solidarischen Weggefährten der TERZ. Hermann war ein Urgestein der Hausbesetzungs- und Autonomen-Szene aus Düsseldorf. Mit seinem unbändigen Engagement und seiner einnehmenden Persönlichkeit prägte er die linksradikalen Zusammenhänge in der Stadt in ihren Aktionen und Ausdrucksformen. Hermann war zugleich das Gesicht der Initiative Sägewerk. Ins Leben gerufen als Kollektivbetrieb, bot „Sägewerk“ mit seinem Transport- und Umzugsunternehmen für linke Aktivist*innen eine Möglichkeit zum Geldverdienen, nix für die leichte Schulter allerdings. Sogar für die Leutchen vom Stattzeitungs-Projekt TERZ, dessen Startkapital zu einem Teil auf das „Sägewerk“ zurückgeht. Noch in D-Mark-Zeiten erarbeiteten wir uns im Schweiß unseres Angesichts durch Möbel-schleppen die ersten Ausgaben. Denn Hermann stellte den Erlös der Arbeit von „Sägewerk Transporte“ der jungen Bewegungs-Zeitung zur Verfügung. Wo dabei mal ein Schrank oder eine Kiste zu schwer für die TERZ-Schreiberleins waren, wuchtete er das Teil mit einem Lächeln unter seinem Bart locker selbst in die Wohnstuben. Hermann war sprichwörtlich ein Pack-an-Typ: Wenn irgendeine linke Aktion in Düsseldorf abging, sprang da ein

Sponti nach der Räumung der besetzten Häuser in der Suitbertusstraße am 16.06.1982. In der Mitte, mit Latzhose: Hermann.

Die Bild-Zeitung veröffentlichte zum Foto den Kommentar: „Gleich nach Bekanntwerden der Bilker Häuser-Räumung blockierten 50 Jugendliche den Jürgensplatz vor dem Polizeipräsidium. ‚Gebt unsere Genossen heraus‘, riefen sie in Sprechchören.“ (Zeitungssausriss: Privatsammlung)

bullig-bärtiger Lederjackentyp mit zerzaustem Haar (selbiges auch mal verpackt unter Sturmhaube oder Helm) energiegeladen in der ersten Reihe herum. Und wenn irgendwelche linken Jungschen wieder mal nicht weiterwussten oder irgendeinen „Scheiß“ gebaut hatten, war der schwarz-rote Bärbeißer verlässlich mit väterlicher Autorität, mit Rat und praktischer Solidarität zur Stelle. Auch nachdem sich im Laufe der Jahre diese wilden Zeiten der Autonomen-Bewegung geändert hatten und mit ihnen auch Hermann in seinem Denken und Aktivismus, so war er den nachkommenden linken Projekten und Bewegungen gegenüber solidarisch: Die TERZ unterstützte er seit ihrer Gründung konstant – nicht mehr als „Macher“, sondern als wohlwollender Förderer. Nun ist er nach langer Krankheit verstorben. Solche Typen wie ihn gibt’s nicht in oft: Charisma, Herz und volle Kanne ab die Luzi! Das war für uns: Hermann.

Wir gedenken eines besonderen Menschen.



Erinnern? Stören! – Erinnern stören!

„1989“ stand die Welt aus „Ost“ und „West“ Kopf. Mit dem vorläufigen Aus für den realexistierenden Sozialismus zerbrachen ideologische Fixpunkte. Im Gedächtnis (westdeutscher) Linker standen damals neue Großmächts-Dystopien und das „Nie wieder Deutschland“ als Angstkulisse und radikale Antwort nebeneinander. Als Schlaglichter auf „1989“ sind diese Erinnerungen an die sogenannte „Wiedervereinigung“ aber lange nicht vollständig. Das Buch „Erinnern Stören“ füllt, längst überfällig, diese Lücke!

Als vor mehr als 30 Jahren die Mauer zwischen BRD und DDR fällt, bedeutet das auch eine gewaltvolle Zäsur für migrantisches und jüdisches Leben, in Ost und West. Zu diesem Zeitpunkt leben allein in West-Berlin circa 130.000 Türk*innen, in der DDR knapp 100.000 „ausländische Beschäftigte“, die meist im Rahmen von Arbeitsabkommen im Land sind. Vor 1989 waren 30.000 Menschen in Deutschland (Ost und West) jüdischen Glaubens. Ihre weitaus größte Zahl lebte „im Westen“.

Angeregt durch eine neue, junge Generation von Aktivist*innen und Autor*innen wird heute zusehends gefragt, wer damals eigentlich vereint wurde. Wer hat damals warum was gefeiert? Wer wurde ausgeschlossen? Ein erster Eindruck: Migrant*innen, People of Color und Jüd*innen haben in der Geschichte der sogenannten „Wiedervereinigung“ keinen Platz (S. 315).

Das vorliegende Buch möchte diese Gedächtnis-Gegenwart der eingeschränkten Perspektiven ändern. Es enthält neben einem Intro und einem Nachwort der Herausgeber*innen 18 Beiträge von Autor*innen aus den Generationen der 30-bis 60-Jährigen. Unter den Texten sind damit neben den Berichten und Erinnerungen von Beteiligten auch Einschätzungen von „Nachgeborenen“, die die Zeit „vor 1989“ nur aus Erzählungen, der Literatur und aus den Medien kennen und darum etwa die unterschiedlichen Erinnerungsperspektiven auf „die Wende“ und auf ihre vorhergehenden wie ihre Folgejahre in den



Blick nehmen. Dabei machen alle Texte auf sehr ähnliche Erfahrungsstrukturen aufmerksam: Sie erzählen von ausgegrenzten, wenn nicht unterdrückten Perspektiven auf die deutsch-deutsche Vereinigung. Denn sie erinnern auf radikale Weise z. B. an die Kämpfe um Teilhabe in den 1980er Jahren, schildern einschneidende Erlebnisse um die „Wende“-Jahre, beschreiben die Erfahrungen der Selbstbehauptung gegen den Rassismus der 1990er Jahre. In den Texten werden an den Rand gedrängte Stimmen sichtbar und ein „anderes Erinnern“ entsteht. Sie zeigen die Kontinuität migrantischer Organisation (zumindest im Westen) ebenso wie die von Rassismus und antisemitischer Bedrohung.

Vieles, was in „Erinnern stören“ geschildert wird, nimmt Bezug auf sehr persönliche Erlebnisse, wie die eines 1976 geborenen Sinto über sein Aufwachsen in der DDR, oder die eines 1982 geborenen Rom aus dem (ehemaligen) Jugoslawien, der jahrelang mit seiner Familie in verschiedenen Lagern leben muss. Eine türkische Kommunistin erzählt, wie sie von der Partei 1985 in die DDR geschickt wird, dort studiert und nach der „Wende“ dort bleibt.

So bringt der Band beeindruckende Geschichten zusammen: von Bürgerrechts- und Asylkämpfen ehemaliger Gastarbeiter*innen, von Geflüchteten in BRD und DDR. Beiträge über den Eigensinn von Vertragsarbeiter*innen, von damaligen internationalen Studierenden, über jüdisches Leben in Ost und West. Vieles ist Berlin-zentriert, aber auch andere Orte kommen vor. In Merseburg (heute Sachsen-Anhalt) werden im August 1979 die kubanischen Vertragsarbeiter Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret ermordet, die Täter*innenschaft ist bis heute unaufgeklärt. Seit einigen Jahren untersucht und skandalisiert die „Initiative 12.

August“ den Fall – und berichtet darüber in ihrem Beitrag.

Ceren Türkmen informiert über einen Brand 1984 in Duisburg, bei dem sieben Menschen getötet werden: Döndü Satır (40 Jahre), Zeliha (18 Jahre), Rasim (15 Jahre) und Tark Turhan (50 Tage), Songül (4 Jahre), Ümit (5 Jahre) und Çidem Satır (7 Jahre) sterben am 26. August 1984. Erst zehn Jahre später wird das Feuer, das im Treppenhaus des Wohnhauses begann, als Brandstiftung identifiziert – obwohl es in den Jahren zuvor immer Hinweise dafür gegeben hatte, dass der Brand vorsätzlich, aus rassistischen Motiven gelegt worden war.

„Erinnern stören“ ist ein umfangreiches, inhaltsvolles und wichtiges, nicht zuletzt längst überfälliges Buch. Es ist auch ein Buch über anti-rassistische Allianzen – und ihre Schwierigkeiten. Wer sich in Zukunft über deutsche Zeitgeschichte, die Geschichte antirassistischer Kämpfe und ein linkes, zeitgenössisches jüdisches Selbstverständnis austauschen will, sollte es gelesen haben.

Ergänzend und vertiefend sei noch auf die Zeitschrift JALTA hingewiesen, die, so der Untertitel „Positionen zur jüdischen Gegenwart“ veröffentlicht. Sie erscheint erst seit 2017 und verfolgt ähnlich wie „Erinnern stören“ kritische, feministische und queere Perspektiven auf Geschichte und Gegenwart. JALTA will „mehrheitsgesellschaftliche Deutungsmuster in Frage“ stellen und „die Diversität der Post-Migrationsgesellschaft“ widerspiegeln. Sie ist auch für (radikale) Linke sehr lesenswert.

BERND HÜTTNER

Unter <https://www.rosalux.de/publikation/id/43063> können die Beiträge des Buches einzeln heruntergeladen werden. Das Webprojekt „Erinnern stören“ (<https://www.rosalux.de/erinnern-stoeren>) stellt Filmbeiträge, Interviews sowie den Film „Duvarlar – Mauern – Walls“ (Can Candan, 2000) dem Buch zur Seite.

Lydia Lierke und Massimo Perinelli (Hg.): „Erinnern stören“. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive; Verbrecher Verlag, Berlin Oktober 2020, 540 Seiten, 20 EUR

JALTA, Neofelis Verlag, Berlin, 16 EUR, bisher sieben Ausgaben, <https://neofelis-verlag.de/verlagsprogramm/zeitschriften/jalta>



LYDIA LIERKE, MASSIMO PERINELLI (HG.)

ERINNERN STÖREN

Der Mauerfall aus migrantischer
und jüdischer Perspektive

Die ASTA-Projekte „Gedenkstättenfahrten-Support“ und „Erinnerungsort Alter Schlachthof“ informieren und empfehlen

Nachdem im Herbst 2020 die jährlich vom Arbeitskreis Gedenkstättenfahrten angebotene und von uns aktiv unterstützte einwöchige Ostpolen-Studienfahrt „auf den Spuren der

Opfer und TäterInnen der ‚Aktion Reinhard(t)‘“ aufgrund der Pandemie abgesagt werden musste, werden wir im September 2021 einen neuen Anlauf nehmen (nähere Infos können unter

ak-gedenk@gmx.net angefragt werden). Vor diesem Hintergrund möchten wir euch das noch recht neue Buch empfehlen, das im Folgenden von Leo Janowka rezensiert wird.

Fotos aus Sobibor

Von März 1942 bis November 1943 ermordeten die deutschen Besatzer im Rahmen ihrer „Aktion Reinhard(t)“ etwa 1,8 Millionen Menschen, zumeist in den Vernichtungslagern Belzec, Sobibor und Treblinka. Die meisten Opfer waren aus den jüdischen Ghettos im besetzten Polen deportiert worden, hinzu kamen aus Westeuropa deportierte Juden*Jüdinnen. Im Gegensatz zu Auschwitz sind die Lager der „Aktion Reinhard(t)“ nahezu unbekannt. Es gab dort nur etwa 150 Überlebende, die als Zeitzeug*innen die Erinnerungen an diese Orte ins öffentliche Bewusstsein tragen konnten oder hätten tragen können. Den Tätern war annähernd der „perfekte“ Massenmord gelungen. Sie hatten alle Zeugnisse verbrannt, neben der physischen Vernichtung der Opfer sollte auch die Erinnerung an sie komplett ausgelöscht werden, was letztendlich aber misslang. Dazu beigetragen hat das vorliegende Werk zur Fotosammlung des stellvertretenden Sobibor-Kommandanten Johann Niemann, die seinen Lebensweg als Täter dokumentiert. Fotos, die es nicht hätte geben dürfen, um keine Spuren zu hinterlassen. Es gibt sie dennoch, und sie konnten ab 2015 von den Herausgeber*innen dieses Buches ausgewertet werden. Niemanns Motiv war sicherlich nicht, Belege für seine Verbrechen zu sammeln, sondern bildliche Zeugnisse zur Selbstvergewisserung und für die Erinnerung an seine SS-Karriere zu schaffen. Die über 350 Fotografien, von ihm persönlich ausgewählt und arrangiert, bebildern den beruflichen und familiären Werdegang eines NS-Täters. Sie zeigen fröhlich musizierende und trinkende Massenmörder in ihrer Freizeit, in unmittelbarer Nähe zu den Tötungsanlagen. Das vorliegende Buch enthält bislang unbekannte Bilder aus zwei Fotoalben und einem Sortiment hunderter Einzelbilder, einer der bedeutendsten Bildquellen zum NS-Massenmord überhaupt. Zeigen die Motive zwar fast nur Täter in privaten Situationen, so lassen sich aus ihnen doch auch Erkenntnisse über die Topographie des Lagers gewinnen oder verifizieren.

Niemanns Nazi-Karriere, die lange vor seiner Zeit im Lager Sobibor begann, spiegelt exemplarisch die Radikalisierung der NS-Vernichtungspolitik wider. Ab 1942 war er als stellvertretender Lagerkommandant in Sobibor und nutzte sein umfassendes Spezialwissen, um den mörderischen Ablauf im Vernichtungslager noch effizienter zu gestalten. Beim Häftlingsaufstand am 14. Oktober 1943 wurde er mit einem Beil erschlagen. Das Buch gliedert sich in zehn Themenblöcke. Diese beschreiben die Herkunft und Überlieferung der Niemann-Sammlung, erläutern die Mordaktionen, an denen Niemann beteiligt war, und bieten Hintergrundwissen zur „Aktion T4“ und zu den genannten Vernichtungslagern. Ein Kapitel beschäftigt sich mit den „Trawniki-Männern“, von den Nazis aus den Kriegsgefangenenlagern rekrutierte, in Trawniki ausgebildete Rotarmisten, oft ukrainischer Herkunft, die als „Hilfswillige“ eingesetzt wurden, einerseits also Opfer, aber in vielen Fällen auch brutale Täter waren. Weitere Kapitel beschäftigen sich mit dem Aufstand der Häftlinge und der Beisetzung der getöteten SS-Leute. Ein Kapitel zur Biografie und politischen Einstellung von Niemanns Ehefrau Henriette wirft einen geschlechterperspektivischen Blick auf die Sammlung. Abschließend durchbricht Semion Rozenfeld aus der Sicht eines Sobibor-Überlebenden die tätergeschichtliche Perspektive und gibt den vielen Ermordeten und wenigen Überlebenden eine Stimme. Dieses hervorragende Buch ist ein absolutes Muss für alle, die sich mit der Nazi-Barbarei und ihren Opfern beschäftigen, bietet sehr interessante neue Aspekte und

ist auch für Interessierte, die sich zuvor noch nicht mit der „Aktion Reinhard(t)“ befasst haben, sehr gut lesbar.

Der Antifa-AK an der HSD präsentiert als Mitveranstalter

INPUT – antifaschistischer Themenabend:

Ihr Kampf –

Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert. Buchvorstellung und Diskussion.

Sondertermin: Mittwoch, 17. Februar 2021, 19:30 Uhr. Referent: Robert Claus

Aufgrund der Pandemie kann leider nur ein Onlinevortrag mit anschließender Diskussion angeboten werden. Der Zugang wird am Veranstaltungstag auf <https://www.facebook.com/Input-Antifaschistischer-Themenabend-213910642030868> bekanntgegeben.

Europas Neonazi-Szene trainiert für den Tag X, an dem der politische Umsturz gelingen soll. Der Autor, Referent und Moderator Robert Claus hat viele „Fight Nights“ in Deutschland und im europäischen Ausland besucht und eine zunehmende Professionalisierung der körperlichen Gewalt beobachtet. Im Oktober 2020 erschien sein Buch „Ihr Kampf“, das spannende Einblicke in ein wachsendes internationales Kampfsport-Netzwerk militanter Neonazis bietet – mit Verbindungen zu Hooligans, RechtsRock-Bands und Security-Unternehmen. Gerahmt werden die Texte durch Beiträge zu Fragen der Prävention sowie eine Reportage über den internationalen Kampfsporttourismus, der bis nach Thailand reicht. Zu Wort kommen Kampfsportler, Betroffene rechter Gewalt, Sportpolitiker und Kenner der Neonazi-Szene.

Bildungswerk Stanislaw Hantz e.V. / Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart (Hrsg.):

Fotos aus Sobibor: Die Niemann-Sammlung zu Holocaust und Nationalsozialismus

Metropol Verlag, Berlin, 2020, 382 Seiten, 29 Euro

Diese Seite wird erstellt vom ASTA der HSD.
V. i. S. d. P. ist der/die amtierende ASTA-Vorsitzende.

HINTERHOF

LINKES ZENTRUM

Gerade Orte wie das **Linke Zentrum** oder auch das **AK47** – wo zwar keine Personalkosten anfallen, da alle Arbeit eh stets ehrenamtlich und kostenlos geleistet wurde – brauchen Unterstützung, denn Miete, Unterhalt und Sanierungsbedarf der Räumlichkeiten laufen weiter! Wo sich aber niemand mehr zum gemeinsamen Austausch und geselligem Beisammensein aufhalten darf und kann, kommt einfach keine Kohle mehr rein. Daher spendet, spendet, spendet, damit

uns unsere selbstbespielbaren 3D-Wohnzimmer erhalten bleiben – wir werden uns nicht ewig nur per Laptopkamera in 2D begegnen müssen.

Unterstützt den Hinterhof! Spendet an:
 KUPO e.V.
 IBAN: DE44 3005 0110 1004 7814 88 |
 Stichwort: Hinterhof
 Kontakt: info@linkes-zentrum.de

In eigener Sache: natürlich trifft auch die TERZ der anhaltende Zustand des Sich-nicht-begegnen-Könnens. Wo keine Veranstaltungen und vielfältigen politischen Aktionen stattfinden, haben wir und andere politisch wie kulturell Aktive auch nicht viel zu berichten. Und als kostenlose Auslegware fehlen der TERZ natürlich die Orte, an denen wir unsere Leser*innen suchen, finden und erreichen. Daher gibt es die Print-TERZ inzwischen als Komplett-PDF auch online, aber wir müssen die Auflage reduzieren und kriegen häufig keine 20 Seiten befüllt, unsere langjährigen treuen und verlässlichen Drucker*innen verdienen damit leider (noch) weniger an uns. Dankenswerter Weise sind uns unsere wenigen Anzeigenkund*innen treu geblieben und mehr noch: unsere Spender*innen auch! Und so manche Zuwendung erreichte uns überraschend. Daher sind Büro-Miete und Druckkosten für uns noch stemmbar und wir haben bisher auch keine Ausgabe ausfallen lassen, sondern stets weiter produziert – Monat für Monat. Aber wir warten auf Zeiten, wo wir wieder in quirliger Runde rumdiskutieren und kaum mehr wissen, wie wir alle Artikelangebote unterbringen sollen im nächsten Heft, auf Zeiten also, in denen wir uns mal wieder so an unserer vielfältigen TERZ erfreuen, dass wir uns unbedingt eine bunte Farbe auf dem Cover gönnen möchten! Wir freuen uns über jeden Support!

Aber etwas Leben ist noch in der Stadt ...

... meist im WWW: Wenn was wäre würden wir Weggehwütigen wohlwollend weitervermitteln. Wer was wann online Angebote macht, davon überzeugt Euch bitte selbst im Netz. Auf jeden Fall bieten folgende Webseiten unserer Kulturinstitutionen digitale Anregungen, Angebote und Veranstaltungen:

Von wegen Sokrates - Das Philosophische Café

Do., 18.02., ZAKK, 18h, Online - Anmeldung unter [ellen.muelders@zakk.de](mailto:muelders@zakk.de)

Gibt es moralische Tatsachen? - oder: Wie allgemein verbindlich können unsere Werte sein? Das Philosophische Café im zakk lädt einmal im Monat alle Menschen zum Philosophieren ein, gleich welchen Alters oder Bildung. Aufgrund der Maßnahmen zur Covid-19 Pandemie derzeit online. Moderation Jost Guido Freese.

Dr. Sebastian Schönemann: „Symbolbilder des Holocaust“. Fotografien der Vernichtung im sozialen Gedächtnis

Online-Vortrag, Di., 02.03., 19h, Erinnerungsort Alter Schlachthof, Anmeldung über: sabine.reimann@hs-duesseldorf.de

Die Erinnerungskultur an den Holocaust befindet sich im Umbruch. Nur noch wenige Überlebende können von ihren Erfahrungen berichten und schon heute ist das kollektive Gedächtnis im hohen Maße medial vermittelt. Im Zuge dieses Wandels nehmen die historischen Bilder an gesellschaftlicher Bedeutung weiter zu. Doch obwohl die gedächtnisbildende Macht der Bilder unbezweifelbar ist, ist über ihre soziale Wirkung bislang kaum etwas bekannt. In seinem Buch untersucht Sebastian Schönemann die Formen des medialen Erinnerens und gibt empirische Antworten darauf, wie die überlieferten Bilder das soziale Gedächtnis zum Holocaust prägen. Dr. Sebastian Schönemann ist Soziologe und Politikwissenschaftler. Er arbeitet als Leiter Wissenschaft und Ausstellung an der Gedenkstätte Hadamar. Aus der Veranstaltungsreihe des Erinnerungsortes „Objekt.Bild.Holocaust“.

Mehr als man kennt - näher als man denkt! – 29 NS-Gedenkstätten und Erinnerungsorte des Landes NRW (darunter die Mahn- und Gedenkstätte und der Erinnerungsort Alter Schlachthof aus Düsseldorf) präsentieren in einer gemeinsamen **Online-Ausstellung** jeweils ein ausgesuchtes Exponat und stellen ihre Einrichtung vor: <https://www.politische-bildung.nrw.de/wir-partner/erinnerungskultur/mehr-als-man-kennt-naeher-als-man-denkt>.

Die **Kunstpalast-Schau Empört Euch! Kunst in Zeiten des Zorns** steht nun in einem virtuellen 360 Grad-Rundgang zur Verfügung. Die Ausstellung musste aufgrund des Lockdowns im November 2020 nach nur vier Tagen schließen. Der Rundgang ist abrufbar unter <https://www.kunstpalast.de/empoert-euch>.

Das **Forum Freies Theater FFT** veröffentlicht mit dem THEATER OHNE HAUS-Magazin eine Programmpublikation rund um seinen Umzug. Es bietet einen ersten Einblick in die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Aspekten eines nomadisierenden, sich transformierenden Theaters. Neben Informationen zum kommenden FFT-Programm bis Sommer 2021 präsentiert die Publikation Beiträge von FFT-nahen Künstler*innen und Autor*innen – darunter Ulrike Haß, Arnd Wesemann, Jane Eschment und miu. Das Print-Magazin gibt es auch digital auf www.fft-duesseldorf.de/theater-ohne-haus.

Einen Blick hinter die Türen der inzwischen seit drei Monaten geschlossenen **Filmkunstkinos** bietet der wöchentliche Newsletter, der Euch auch auf dem Laufenden hält, wie es weiter geht – unter www.filmkunstkinos.de erhältlich. Dort findet ihr auch ein sehr interessantes Streaming-Angebot namens Pantoffelkino ganz abseits der Major Players wie Netflix & Co.

Das **Pretty Portal** auf der Brunnenstraße 12 hat die Schaufensterinstallation des Düsseldorf Urban Art Künstlers L.E.T. „How is this happening !?“ bis Ende Februar verlängert. In der Arbeit reflektiert L.E.T. die Situation der Geflüchteten vor den Toren Europas. Dabei verwendet er als Arbeitsmaterial Rettungsschwimmwesten und zeigt, wie sich dieses Symbol der Hoffnung auf der Reise der meisten Geflüchteten transformiert. Er ist dazu im letzten Jahr nach Lesbos gefahren und hat dort den „Friedhof der Rettungsschwimmwesten“ besucht. Aus den auf Lesbos gesammelten Schwimmwesten hat er drei Leichensäcke nähen lassen. Diese sind das zentrale Element der Installation und zeigen die Verwandlung von Hoffnung in Trauer. Sie stehen für die Reise einer Unzahl von Menschen, die auf der Flucht vor unmenschlichen Zuständen an den Toren der Festung Europa ein grausames Ende findet.

Und wer gerade in der Gegend ist, kann gleich auch gegenüber die Schaufenster bei **BiBaBuZe** auf der Aachener Straße 1 erforschen, die sich jetzt öfter mal ändern, denn sie dienen aktuell als Ersatz fürs haptische Erleben. Auch wenn der Laden dicht ist, dort ist jemand persönlich vor Ort, übergibt die Ware durch ein Fenster und nimmt Bestellungen persönlich, telefonisch, per Mail oder auch per Handzeichen entgegen.

